

19. Wahlperiode

---

**Antrag  
auf Annahme einer EntschlieÙung**

der Fraktion der FDP

**Nie hat ein Scheitern so viele Chancen eröffnet – Neustart für Berlin**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Berlin hat mit den Neuwahlen am 12.02.2023 eine Chance auf einen Neustart. Berlin muss eine Stadt werden, in der jeder sein Leben frei gestalten kann. Eine Stadt, in der jeder einen Platz finden und vorankommen, die eigenen Ideen erfolgreich umsetzen und eine Stadt, in der jeder auch in Zukunft gut leben kann.

Das letzte Jahr hat gezeigt, dass die gescheiterte Koalition von Rot-Grün-Rot es nicht vermocht hat, die dringend notwendigen neuen Akzente zu setzen. Ein „Weiter so“ darf es nicht geben. Die politischen Weichen müssen völlig neu gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund stellt das Abgeordnetenhaus von Berlin fest:

---

**Verwaltung muss wieder Verantwortung bedeuten**

Berlin braucht endlich eine funktionierende Verwaltung. Die Berliner Verwaltung erfüllt seit Jahren nicht ihre grundlegende Aufgabe, die Berlinerinnen und Berliner serviceorientiert und unkompliziert mit Verwaltungsleistungen zu versorgen. Ob Umzug, Kfz-Anmeldung, Hochzeitstermin, Einbürgerungsverfahren oder Wahlen, überall sind Verfahren langsam, unflexibel oder oft gar nicht verfügbar. Das bremst die Dynamik in Berlin.

Berlin braucht eine radikale Verwaltungsreform, um lähmende Doppelstrukturen und die organisierte Verantwortungslosigkeit abzuschaffen. Alle Bezirksämter mitsamt 60 Stadträten sollen abgeschafft werden, Bürgerämter sollen vor Ort und online gestärkt werden. Die Bezirksbürgermeister sollen als Sprachrohr der Bezirksverordnetenversammlungen agieren, deren Beschlüsse bindend gegenüber den Senatsverwaltungen in ihren jeweiligen Bezirken sind. Das Personal der Bezirksämter soll bei angepasster Bezahlung vollständig auf die Landesebene

übernommen werden. Neben einer echten Bürokratiebremse muss ein Normenkontrollrat eingeführt werden, der die Sinnhaftigkeit aller Regelungen im Land Berlin überprüft.

Eine klare Kompetenzverteilung, eine Fokussierung auf Kernaufgaben, eine angemessene Ausstattung mit Personal und Sachmitteln und die konsequente Digitalisierung von Prozessen sind die Voraussetzung dafür, dass die Berliner Verwaltung zu einer bürgerfreundlichen, effizienten und digitalen Serviceverwaltung werden kann.

### **Berlin ist schön – bauen wir mehr davon**

Die rot-grün-rote Regierungskoalition hat ihr Ziel, jährlich für den Bau von 20.000 Wohnungen zu sorgen, krachend verfehlt. Die Situation auf dem Wohnungsmarkt der Hauptstadt hat sich nicht entspannt – im Gegenteil. Dieser Senat hat unzureichende Anreize für das Bauen gesetzt und sich allein auf das Enteignen und Verhindern konzentriert. Mit dieser Politik hat Rot-Grün-Rot den Wohnungsmarkt unverantwortlich belastet. Der erlahmte Wohnungsbau gefährdet den inneren Zusammenhalt der Bevölkerung und mittelfristig auch das Wirtschaftswachstum in Berlin.

Berlin muss aufhören, auf das tote Pferd der Enteignungen zu setzen – sie sind teuer und führen gerade nicht zu einer Entlastung des Wohnungsmarkts. Stattdessen muss Berlin die Hürden für den Eigentumserwerb senken und es den Berlinerinnen und Berlinern mit Mietkaufmodellen und Eigenkapitalersatzdarlehen erleichtern, selbst Wohneigentümer zu werden. Der Anteil genossenschaftlichen Wohnraums muss signifikant erhöht werden, indem den Genossenschaften bei der Vergabe landeseigener Grundstücke die gleiche bevorzugte Stellung wie landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften eingeräumt wird.

Eine Beschleunigung des Wohnungsbaus und der dazugehörigen Infrastruktur ist im besonders dringlichen Interesse des Landes Berlin. Angelehnt an das beschleunigte Verfahren beim Bau des LNG-Terminals an der Küste Norddeutschlands muss ein Wohnungsbaubeschleunigungsgesetz in Berlin kommen. Alle Stellschrauben der Baupolitik müssen genutzt werden, um schnell Wohnraum zu schaffen. Nur so stellen wir die notwendige Mobilität und Bezahlbarkeit am Wohnungsmarkt wieder her, damit jeder in unserer Stadt ein passendes Zuhause findet.

### **Wirtschaft aus dem Papierstau holen**

Die Metropolregion Berlin-Brandenburg muss zu einem wirtschaftlichen Schwergewicht in Europa werden. Wer weltweite Wirtschaftszentren wie New York, London, Tokio und Hongkong aufzählt, darf künftig an Berlin nicht mehr vorbeikommen. Berlin muss für eine wachstumsorientierte und nachhaltige Wirtschaftspolitik stehen – für Chancen, Lebensqualität und Wohlstand für alle in einer wirtschaftlich wachsenden Aufstiegsstadt. Die Wirtschaftspolitik bereitet den Weg, der wirtschaftliche Dynamik entfaltet sowie Leistung und Kreativität wertschätzt. Unternehmerinnen und Unternehmer müssen sich in Berlin willkommen fühlen.

Die Rahmenbedingungen für alle Unternehmen und alle Selbstständigen müssen so freiheitlich wie möglich gestaltet werden, die besten Voraussetzungen für Gründergeist und Start-ups bieten und durch eine intelligente Politik die Potenziale der Cluster entfalten. Mit Gründerstipendien, der flächendeckenden Einführung des Schulfachs Wirtschaft und einer Willkommenskultur für alle, die in unserer Stadt etwas erreichen wollen, kann Berlin jungen Menschen die Aufstiegsperspektiven bieten, die sie verdienen. Statt einer Ausbildungsplatzabgabe muss Berlin den Bürokratieabbau vorantreiben und die Wirtschaft mit einer Bürokratiebremse entlasten, auch damit sie sich stärker auf das Ausbilden konzentrieren kann. Um die Berufsausbildung zu

stärken, muss die Meisterprüfung kostenfrei werden. Berlin muss die Ansiedlung großer Unternehmen vorantreiben, aber auch den Berliner Mittelstand vor Verdrängung, z.B. durch zu hohe Gewerbemieten, schützen. Denn die Mitte unserer Gesellschaft und Wirtschaft bleibt das Rückgrat unseres Wohlstands.

### **Bildung heißt aus Fehlern lernen**

Eine ganze Generation steht in den Startlöchern, aus eigener Leistung etwas in ihrem Leben zu erreichen. Berlin muss sie bestmöglich unterstützen und dafür die richtigen Rahmenbedingungen schaffen. Das Bildungsangebot darf sich nur anhand der individuellen Fähigkeiten und der eigenen Leistungsbereitschaft differenzieren, nicht nach Einkommen oder familiärem Hintergrund. Der Senat muss sicherstellen, dass alle Berliner Kinder im Alter von drei Jahren einen Sprachstandstest absolvieren und anschließend eine entsprechende Förderung erhalten. Mit einem verpflichtenden Vorschuljahr können alle mit möglichst gleichen Chancen starten. Berlin braucht Schulen, die personell, baulich und materiell gut ausgestattet sind – und Leuchtturmschulen in Kiezen mit besonderen Herausforderungen. Sie müssen mit zusätzlichen Mitteln besondere Fördermöglichkeiten erhalten.

Zu einer guten Bildung gehört auch eine angenehme und moderne Lernumgebung. Berlin muss eine neue Schulbauoffensive einsetzen, die Missstände endlich beseitigt. Nach Hamburger Vorbild soll eine neue landeseigene Infrastrukturgesellschaft geschaffen werden, die zentral alle Schulen saniert und ausbaut. Auch freie Träger sollen sich um Mittel für den Neubau und die Sanierung bewerben können.

### **Verkehrspolitik ohne toten Winkel**

Der Senat versteht die „Verkehrswende“ als Kulturkampf gegen das Auto mit dem Ziel, das Autofahren so unangenehm und teuer wie möglich zu machen, ohne Alternativangebote zu schaffen oder zu verbessern. Statt grüne Verkehrserziehung rücken wir die Mobilitätsbedürfnisse der Berlinerinnen und Berliner und pragmatische Lösungen in den Mittelpunkt. Statt Verkehrsträger gegeneinander auszuspielen, muss Berlin ein faires Miteinander etablieren, um allen Mobilitätsoptionen gerecht zu werden. Sichere, durchgängige Radwege, stolperfreie Bürgersteige- und Fußwege, mindestens 5.000 Stellplätze für Elektrokleinstfahrzeuge bis Ende 2023, anbieter-offene Stellplätze ggf. mit Ladestationen für Carsharing-Unternehmen, eine intelligente Verkehrslenkung, ein digitalisiertes und zentrales Baustellenmanagement und ein konsequenter Ausbau der E-Ladestruktur sowie ein nachfragegerechtes Parkplatzangebot sind dabei kurzfristig von prioritärer Bedeutung. Auch die Außenbezirke der Stadt müssen endlich effektiv angebunden werden, das schließt insbesondere den Weiterbau der A100 bis zum 17. Bauabschnitt und die Tangentiale Verbindung Ost ein.

Berlin muss den öffentlichen Personennahverkehr, insbesondere das U-Bahn-System, konsequent ausbauen und besser mit dem Individualverkehr verschränken. Der ÖPNV muss insgesamt attraktiver werden. Ein 29-Euro-Ticket, das den Zuschussbedarf der öffentlichen Verkehrsmittel weiter erhöht, ist keine Lösung. Die Priorität muss stattdessen auf einem Ausbau des ÖPNV-Netzes und einer höheren Qualität des ÖPNV (Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit, Sicherheit, Komfort und Barrierefreiheit) liegen. Busse und Straßenbahnen müssen wieder schneller werden, und die VBB-Umweltkarte wollen wir digital übertragbar machen.

Berlin ist eine großartige Stadt. Sie hat etwas Besseres verdient als weitere verlorene Jahre im Chaos von SPD, Grünen und Linken. Aber im Scheitern liegt auch eine Chance: Mit einem

Neustart gelingt der Politikwechsel, gelingt Politik aus der Mitte der Gesellschaft für die Mitte der Gesellschaft.

### ***Begründung***

Die noch amtierende Koalition war gemäß ihren „Richtlinien der Regierungspolitik“ (vgl. Drucksache 19/ 0114) mit großen Zielen angetreten. Berlin sollte für alle Menschen, die hier wohnen, „besser und lebenswerter“ werden. Die Koalition versprach, die heutige und nachfolgende Generation werde ein Berlin vorfinden, das „funktioniert, bezahlbar ist und mit einer starken Wirtschaft gute Arbeit ermöglicht und die Herausforderungen des Klimawandels annimmt“.

Die tatsächliche Bilanz des rot-grün-roten Senats ist schon nach etwas mehr als einem Jahr verheerend. Berlin steht heute vor einem großen politischen Scherbenhaufen und hat sich mit den für ungültig erklärten Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus international blamiert.

Ressortübergreifend hat der Senat viele der selbstgesteckten Ziele verfehlt und hinterlässt in zentralen Bereichen Baustellen und Chaos:

#### **Verwaltung und Digitales:**

- Termine beim Bürgeramt gibt es in Berlin auch in Zukunft oft nur theoretisch. Der Senat hat sogar das eigene wenig ambitionierte Ziel verfehlt, grundsätzliche Verwaltungsleistungen in 14 Tagen mit Termin verfügbar zu machen. Nach wie vor beträgt die Wartezeit auf einen Termin beim Bürgeramt mindestens zwei Monate. Statt Terminen gab es dafür aber im Jahr 2022 rund 5.000 Fälle von Bußgeldverfahren wegen fehlender oder abgelaufener Ausweise.
- Bis Ende 2022 sollten insgesamt 575 Dienstleistungen digitalisiert zur Verfügung stehen. Mit Stand Dezember 2022 ist in Berlin nicht einmal jede fünfte OZG-Leistung online verfügbar. Von einer digitalen Vorgangsbearbeitung ohne Medienbruch ist Berlin nach wie vor weit entfernt. Selbst wenn eine Leistung für den Bürger digital scheint, wird sie in den Behörden oft auf Papier und händisch bearbeitet (Beispiel Anwohnerparken in Mitte: Weil Schnittstellen im Hintergrund nicht funktionieren, benötigte das Bezirksamt neue Dienstkräfte für händische Prüfungen von Anträgen, Melderegister und Kfz-Zulassung).
- Kostenloses WLAN im öffentlichen Raum, wie es in anderen Städten seit Jahren funktioniert („Free WiFi Berlin), gibt es in Berlin nicht. Insgesamt hat Berlin 2.000 Hotspots abgeschaltet, nachdem der Senat die Ausschreibung nicht rechtzeitig vorbereitet hat.
- Die Einführung der E-Akte war ursprünglich auf den 1. Januar 2023 terminiert, dieser Termin wurde im Herbst 2021 fast „klammheimlich“ um zwei Jahre verschoben. Nun räumt der Senat ein, dass auch die Einführung zum 1. Januar 2025 großer Anstrengungen bedarf – ein weiteres Scheitern mit Ansage zeichnet sich ab.
- In der Berliner Verwaltung herrscht weiter die organisierte Verantwortungslosigkeit. Die als „zügig“ angekündigte Novelle der Verwaltungszuständigkeiten ist immer noch nicht im parlamentarischen Geschäftsgang. Im Vorwahlkampf hat der Chief Digital Officer (CDO) einen unabgestimmten Entwurf vorgelegt. Das Scheitern ist angesichts der gegenseitigen Profilierung im Senat absehbar.

### **Bauen und Wohnen:**

- In Berlin herrscht eine dramatische Wohnungsnot. Der Senat hat alle Neubauziele verfehlt. Bis 2030 werden 175.000 neue Wohnungen benötigt, bis 2040 sogar 272.000. Der Senat hat trotz günstigen Finanzierungsumfeld in den Vorjahren sämtliche Neubauziele verfehlt, insbesondere der preisgebundene Wohnraum ist nicht vorangekommen.
- Die Wohnungspolitik des Berliner Senats ist - gepaart mit dem Verfehlen aller Neubauziele – ein Dokument des Scheiterns, teilweise wider besseres Wissen. Der rot-grüne Senat betreibt eine einseitige Klientelpolitik zugunsten von Bestandsmietern mit niedrigen Mieten. Das Bauen, Vermieten und Bilden von Eigentum werden maximal erschwert, was kontraproduktiv in einem geringeren Angebot resultiert. Darunter leiden alle, die nicht im Besitz einer preiswerten Wohnung sind.
- Kein Berliner Senat ist derart oft mit verfassungs- und rechtswidrigen Maßnahmen aufgefallen wie der vergangene und aktuelle Senat. Dieser Senat scheitert wie schon beim verfassungswidrigen Mietendeckel, der rechtswidrigen Ausübung von Vorkaufsrechten oder der ebenfalls unterlassenen Begründung der ersten Umwandlungsverordnung an grundlegenden rechtsstaatlichen Prozessen. Das hat erhebliche Unsicherheit bei Mietern, Vermietern und Bauwilligen geschaffen.
- Die Wohnungsbaugesellschaften drohen 2023 in massive Schieflage zu geraten, da die Senatsvorgabe, die Mieten nicht zu erhöhen und marode Bestände zu hohen Preisen zurückzukaufen, in Verbindung mit Zinserhöhungen, Modernisierungserfordernissen und Baukostensteigerungen die Liquidität massiv belasten. Gleiches gilt für das von der Linken in Aussicht gestellte Wohnungsbauprogramm, bei dem die Verzinsung des Eigenkapitals kurzerhand vergessen wurde. Auch hier kämen massive Belastungen auf die landeseigenen Wohnungsunternehmen zu.

### **Wirtschaft:**

- Die Verwaltung in Berlin ist und bleibt eine Servicewüste. Jede Interaktion mit der Verwaltung stellt eine lähmende Herausforderung für Unternehmen dar. So dauert zum Beispiel allein die Vergabe einer Steuernummer im Durchschnitt 43 Tage.
- Anstatt die zur Verfügung stehenden acht verkaufsoffenen Sonntage für 2023 vollumfänglich festzulegen, wurden bis dato nur vier verkaufsoffene Sonntage festgelegt. Im ersten Halbjahr mit der Grünen Woche Ende Januar sogar nur ein einziger.
- Immer weniger Meisterabschlüsse werden in der Hauptstadt abgelegt. Die bestandenen Meisterprüfungen sind in den letzten 10 Jahren um ca. 40% gesunken (2011: 498, 2021: 292). Der Senat hat kein Konzept, diesem negativen Trend entgegenzuwirken.
- Die Friedrichstraße und das Berliner Zentrum waren jahrelang eine Spielwiese grüner Verkehrsexperimente: Außer einer ideologischen Auto-Feindlichkeit hat der Senat keine Idee, wie sich die Lebens- und Aufenthaltsqualität im Berliner Zentrum verbessern lässt. Alle Maßnahmen sind nicht auf eine Steigerung der Attraktivität, sondern als Angriff auf den motorisierten Individualverkehr ausgelegt. Für das östliche Berliner Zentrum existiert kein Verkehrskonzept, das den lokalen und überörtlichen Verkehr sowie den Wirtschaftsverkehr berücksichtigt.
- Statt zu entlasten, belastet Berlin mit seinen landeseigenen Betrieben die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen und Selbstständigen, etwa durch die Erhöhung der Netzentgelte um +35% oder die Müllabfuhr- und Straßenreinigungsgebühren ab 1.1.2023. Auch die Berliner Stadtwerke erhöhten ab Januar 2023 den Strompreis auf 52,9 Cent pro Kilowattstunde Strom.

- Die Staatsunternehmen verschleppen die Energiewende: Bei der rekommunalisierten Stromnetz Berlin GmbH hat sich die Dauer einer Inbetriebsetzung einer neuen Solaranlage gegenüber Vattenfall vervierfacht (4-5 Monate statt 4 Wochen). Mieter der kommunalen Wohnungsgesellschaften (ca. 360.000 Wohnungen) erhalten von den kommunalen Wohnungsgesellschaften keine Freigabe für das Anbringen von Balkonsolaranlagen – ein einheitlicher Genehmigungsprozess fehlt ebenso wie die notwendigen technischen und gestalterischen Vorgaben für die Einrichtung.
- Viele Absolventen sind nicht ausbildungsfähig. 7.942 von 13.816 Ausbildungsplätzen blieben 2022 unbesetzt, obwohl ihnen theoretisch 17.873 Bewerber gegenüberstanden. Berlin weist die höchste Lösungsquote von Ausbildungsverträgen auf (über 33%), das höchste Einstiegsalter in die Ausbildung (Durchschnitt 21,6 Jahre) und eine hohe Unzufriedenheit der Ausbildungsbetriebe mit den Grundkenntnissen (Lesen, Rechnen und Schreiben), aber auch sozialen Fähigkeiten der Bewerber, wie zum Beispiel Durchhaltevermögen.
- Die Oberstufenzentren weisen einen Sanierungsbedarf von rund 795 Mio. € auf, davon 114 Mio. € der Kategorie „Gefahren für Leib und Leben oder für Sachwerte“.
- Die linken Prestigeprojekte „Landesvergabegesetz“ und „Vergabemindestlohn“ von 13,00 € statt der bundesweiten 12 € sorgen durch überzogene Bürokratie-Vorgaben für zu wenig Auftragnehmer, die sich um Berliner öffentliche Aufträge bewerben.  $\frac{3}{4}$  der Berliner KMU sehen derzeit generell davon ab, für das Land Berlin tätig zu werden. Das führt zu wenig Wettbewerb, höheren Preisen und schlechteren Leistungen für Berlin.

## **Bildung**

- Die Bildungsqualität in Berlin ist weiter bedenklich. Beim Lesen und Zuhören scheitern ca. 27 % der Viertklässler an den Mindeststandards, bei der Orthografie ca. 46 %, bei Mathematik sogar 65,5 %. Bundesweit schneidet nur Bremen leicht schlechter ab.
- Die Anzahl der Schulplätze und die Anzahl der Lehrkräfte sind ungenügend: Insgesamt fehlen in Berlin 20.000 Schulplätze, viele Schulgebäude sind in einem maroden Zustand. Dem Mangel an Lehrkräften versucht der Senat durch eine teure Verbeamtung zu begegnen – diese wird das Problem aber nicht lösen.
- Freie Schulen werden strukturell benachteiligt. Der Senat trocknet die freien Schulen aus: Trotz steigender Betriebs- und Sachkosten bleibt die Finanzierung gleich. Die Grundfinanzierung erfolgt auf dem Kürzungsniveau von 2003, die Träger erhalten maximal 93% Zuschüsse für Lehrkräfte. Die anderen Kosten etwa für Sozialarbeiter, Erzieher oder Sachkosten müssen sie selber tragen. Die staatliche Förderung macht ca. 60% der Finanzierung aus.
- Der Senat hat die Digitalisierung der Schulen konzeptlos und entsprechend ineffizient vorangetrieben. Eine Glasfaser-Anbindung haben zum Beispiel nur 130 von 654 Schulen (Stand: 28.11.2022). Nur 1/3 der 33.000 Lehrkräfte verfügt über eine E-Mail-Adresse.
- Der Senat hat sich darauf konzentriert, alles kostenlos zu machen, aber für die Verfügbarkeit und Qualität hilft das nicht. In Berlin fehlen 17.000 Kita-Plätze (7 %) und 6.000 Erzieher (17 %). Das ständige Arbeiten an der Belastungsgrenze führt zu erhöhten Krankenständen.
- Der Senat setzt verpflichtende Sprachstandstests bei Nicht-Kita-Kindern nicht durch: nur 1058 von 3091 Eingeladenen in 2022 erschienen. Selbst bei festgestelltem Bedarf blieb die Förderung problematisch: Von 891 Kindern mit Sprachförderbedarf besuchten nur 162 anschließend auch eine Kita.

### **Verkehr:**

- Gegen die überwiegende Mehrheit der Berliner und den Bund blockiert der Senat den Weiterbau des 17. Bauabschnitts der A100. Das Planfeststellungsverfahren für die Tangentiale Verbindung Ost (TVO) wurde erneut vertagt, mit einem Baustart wird nicht vor 2026 gerechnet. Das Autofahren soll durch erzwungene Umwege verkompliziert werden, zehntausende Parkplätze sollen ersatzlos entfallen.
- Der Senat tut wenig bis nichts, um die Attraktivität von Alternativangeboten zum motorisierten Individualverkehr (MIV) zu steigern. Bei der Umsetzung bleibt der Senat weit hinter seinen Zielen zurück:
  - o 13 km Schnellbusstreifen;
  - o 2,1 km von 49 km Tramstrecke bis 2023 (Hauptbahnhof bis Turmstraße);
  - o U3 von Krumme Lanke nach Mexikoplatz; Baustart für 2026 geplant;
  - o 39,1 km Radwege von 2.371 km errichtet, 58 km sind in Bau;
  - o nur eine zweistellige Anzahl von Maßnahmen für den Fußverkehr.
- Mit dem Prestigeprojekt des 29 €Tickets fördert der Senat mit hunderten Millionen vielfach Mitnahmeeffekte und schafft keine gezielte Entlastung für die, die besonders von der Inflation betroffen sind. Diese Gelder fehlen bei der Qualitätsverbesserung des ÖPNV-Angebots.
- „Chefinnenprojekt“ der Regierenden Bürgermeisterin, die U7 zum Flughafen BER zu verlängern, steht vor dem Aus. Die Grünen hatten dieses Projekt ohnehin stiefmütterlich behandelt. Die Anbindung des boomenden Berliner Südostens und des Umfelds des BER bleibt damit schlecht.
- Der Versuch des Senats, in der Clayallee eine Busspur einzuführen, ist gerichtlich gescheitert. Der Senat ist nicht in der Lage eine Busspur rechtmäßig umzusetzen.
- Der Versuch des Senats, Sondernutzungsgebühren und härtere Auflagen für Sharing-Anbieter einzuführen, ist gerichtlich gescheitert.
- Der Versuch des Senats, die Friedrichstraße ohne Vorliegen der Voraussetzungen zu sperren, ist für rechtswidrig befunden und aufgehoben worden. Es ist erschreckend, dass eine Verwaltung wiederholt rechtswidrig handelt.
- Der Senat weigert sich, zur „Luftreinhaltung“ nicht mehr benötigte Tempo 30-Zonen wieder zu entfernen.

Die Koalition knüpft mit ihrer Politik an die Erfolglosigkeit der vergangenen fünf Jahre an. Auch 2016 war die Koalition mit großen Versprechungen und Willensbekundungen angetreten, die in der Stadtbevölkerung viele Erwartungen weckten und kaum bis gar nicht eingelöst wurden. Auch dieser erste Versuch waren im Ergebnis fünf Jahre, in denen Berlin eine Hauptstadt der Peinlichkeiten war, vom Flughafenchaos über das Behördenchaos bis hin zum Wahlchaos am Ende der Legislaturperiode. Es ist beschämend für eine Metropole wie Berlin, dass es hier nicht einmal möglich war, korrekte und rechtssichere Wahlen durchzuführen.

Die rot-grün-rote Koalition hat über die Jahre ihr Gespür für die Stadt verloren und betreibt eine Politik vorbei an der Bevölkerung. Sie will die Berlinerinnen und Berliner ideologisch erziehen. Statt die Ursachen der Probleme pragmatisch und wirksam anzugehen, wird das tote Pferd von Masseneignungen stoisch vorangetrieben, werden Fahrradfahrer und Autofahrerinnen, Mieterinnen und Vermieter, Unternehmer und die Verwalter gegeneinander ausgespielt. Eine solche Politik hat nicht das Wohl der Menschen im Blick.

Berlin kann am 12. Februar 2023 den Weg für einen Neustart freimachen. Die Stadt braucht eine Politik, die aus dem Scheitern der vergangenen Monate neue Chancen eröffnet. Berlin kann und muss mehr sein. Die Berlinerinnen und Berliner sollen wieder stolz sein dürfen, wenn sie von ihrer Hauptstadt reden und nicht an die politischen Fehlritte erinnert werden. Die Menschen dürfen eine Politik erwarten, die ihnen die Freiheit ermöglicht, sich zu entfalten, die ihnen nicht vorschreibt, wie sie ihr Leben zu führen haben.

Die Berlinerinnen und Berliner haben ein Recht auf eine Stadt, die funktioniert. Der Weg ist frei für eine Mutmetropole, die Freiheit – im Denken und Handeln – mit Vernunft und ohne ideologische Schranken garantiert.

Berlin, den 31. Januar 2022

Czaja, Jotzo  
und die weiteren Mitglieder  
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin